

Dresden, 21.11.2021

Positionspapier der Psychologie-Fachschaften-Konferenz (PsyFaKo e.V.) zum aktuellen Umgang mit der Coronakrise an Hochschulen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die bundesweite Psychologie-Fachschaften-Konferenz (PsyFaKo e.V.) hat auf ihrer 34. Tagung vom 19.11.2021 bis zum 21.11.2021 in Dresden mit 155 Teilnehmenden aus 41 Fachschaften der deutschsprachigen Hochschulen die folgende Position zum Thema „aktueller Umgang mit der Coronakrise an Hochschulen“ beschlossen:

Auch im Wintersemester 21/22 bestimmt die Corona-Pandemie das universitäre Leben. Anders als in den letzten Semestern wurde begrüßenswerter Weise zumindest eine teilweise Rückkehr zu Präsenzlehre ermöglicht.

Aus diesem Übergang und dem Umgang mit der Pandemie entstehen allerdings auch akute Probleme. In diesem Papier wird zu Lehrformaten, Kommunikation und Einbezug von Studierendenmeinungen sowie Problemen bei der Rückkehr zu Präsenzveranstaltungen Stellung bezogen.

Unterschiede zwischen den Bundesländern und Hochschulen bei den Corona-Verordnungen

Generell sehen wir die starken Unterschiede im Umgang mit der Pandemie zwischen den Hochschulen und über verschiedene Bundesländer hinweg sehr kritisch. Die unübersichtlichen Regelungen führen zu massiver Verunsicherung und fehlender Planungssicherheit für Studierende. Aufgrund des Bildungsförderalismus wurden auch für die Hochschulen je nach Bundesland eigene Corona-Verordnungen erlassen. Dies führt zum Teil zu unterschiedlichen Lösungen bezüglich Zugangskontrollen, Seminarformen und Verhaltensregeln auf den Hochschulcampi. Die interuniversitär nicht einheitlichen Maßnahmen zum Infektionsschutz sowie die voneinander abweichende Anwendung und Benennung von Lehrveranstaltungsformen führen zu großer Unklarheit. Außerdem entstehen durch die verschiedenen Bestimmungen zur Verlängerung der Regelstudienzeit je nach

Bundesland Probleme beim Übergang vom Bachelor zum Master oder beim Wechsel in ein anderes Bundesland.

Daher fordern wir die Kultusministerkonferenz und das Bildungsministerium auf, einheitliche Regelungen für den Umgang mit der Pandemie an den Hochschulen in Deutschland zu schaffen.

Gemeinsame Entscheidungsfindung mit allen Statusgruppen an den Unis/Hochschulen

Um für alle Beteiligten sinnvolle Lösungen für die Probleme der Pandemie zu finden, ist es wichtig, dass alle Beteiligten gehört und an Entscheidungen im Zuge demokratischer Prozesse beteiligt werden.

Die Corona-Pandemie und die Veränderungen im Lehr- und Forschungsbetrieb haben die Studierenden und auch die Lehrenden sowie die wissenschaftlichen und technischen Mitarbeitenden vor Herausforderungen gestellt. Bei der Entscheidungsfindung wurden diese aber, trotz ihrer Wichtigkeit für den universitären Betrieb, kaum einbezogen. In der Pandemie wurden Gremien wie die Hochschulsenate als theoretisch höchste beschlussfassende Gremien der Hochschulen oft durch Krisenstäbe und ähnliche spontan geschaffene Beratungskreise umgangen. In diesen fehlt es nicht nur an verankertem Stimmrecht, sondern oft auch an der Inklusion der Studierenden, obwohl diese die größte Gruppe an Betroffenen sind.

Wir fordern daher, dass die Hochschulleitungen dazu zurückkehren, die demokratischen Hochschulgremien in den Entscheidungsprozess bezüglich des Umgangs mit der Pandemie einzubinden.

Coronatests und Impfangebote für Studierende

Wir sehen die Präsenzlehre als einen essenziellen Bestandteil des deutschen Hochschulsystems und begrüßen daher sämtliche Bemühungen, Präsenzveranstaltungen zu ermöglichen. Dies ist insbesondere wichtig, da virtuelle Lehre keinen vollkommenen Ersatz für Präsenzlehre bietet und deutliche Schwierigkeiten mit sich bringt. Gleichzeitig muss der Schutz aller Beteiligten des universitären Betriebs sichergestellt werden.

Wichtig ist daher insbesondere, dass kostenfreie Testmöglichkeiten für Studierende bis zum Ende der pandemiebedingten Beschränkungen garantiert werden. Diese Maßnahme ist

notwendig, um das Infektionsgeschehen zu überblicken und weiter eindämmen zu können. Gerade vor dem Hintergrund, dass junge Menschen häufiger symptomfreie Coronainfektionen durchleben, aber trotzdem andere anstecken können [1] sind Tests weiterhin unabdingbar. Kostenpflichtige Tests hingegen stellen insbesondere für Studierende, die oft in finanziell prekären Lagen leben [2] eine starke Belastung dar, was auch die Testbereitschaft senkt. Wir begrüßen daher die Regelungen zu weiterhin kostenlosen Tests für Personen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können und fordern ferner, dass auch für alle weiteren Studierenden, unabhängig vom Impfstatus, zumindest einige Tests pro Woche kostenfrei möglich sein müssen.

Zur Förderung der Impfbereitschaft bei Studierenden und zur Erleichterung der nun möglichen Auffrischungsimpfungen fordern wir außerdem für die Wiedereinführung von leicht zugänglichen Impfangeboten an den Hochschulen, da Impfungen das einzige wissenschaftliche erwiesene Methode sind, um dauerhaft die Pandemie zu hinter uns zu lassen.

Format von hybriden Lehrveranstaltungen

Die Umsetzung von Präsenzveranstaltungen muss gut durchdacht sein. Insbesondere muss ein genereller Ausschluss von Personen, die sich noch nicht oder insbesondere aus medizinischen Gründen generell nicht impfen können durch hybride Formate vermieden werden.

Aktuell können die Raumkapazitäten in den Hörsälen an Hochschulen aufgrund der zahlreichen Coronabestimmungen nicht voll ausgenutzt werden [3]. Dadurch kann in vielen Fällen nicht für alle Studierenden die Möglichkeit zur Teilnahme an Präsenzveranstaltungen geboten werden. Dieses Problem lösen die meisten Hochschulen mithilfe zweier verschiedener Methoden. Eine Variante ist die Echtzeit-Zuschaltung von Studierenden zu Präsenzveranstaltungen. Hier treten aber in der praktischen Umsetzung oft Schwierigkeiten auf. Faktoren wie fehlende Ausstattung in den Lehrräumen und technische Probleme, wie schlechte Internetverbindung oder unzureichende Tonqualität, senken die Lehrqualität drastisch. Alternativ werden an vielen Hochschulen reine Online- und Präsenzveranstaltungen getrennt voneinander angeboten [4]. In diesem Fall muss beachtet werden, dass in vielen Fällen Studierende nicht die Zeit haben, von der zuhause abgehaltenen Onlinelehre in die Hochschule zu pendeln um dort an der Präsenzvorlesung teilnehmen können. Die Hochschulen müssen, wenn sie beide Lehrformate kombinieren, darauf achten, dass Zeit für

einen Wechsel des Veranstaltungsorts vom eigenen Schreibtisch zum Veranstaltungsraum gegeben ist, oder Möglichkeiten bereitstellen, Onlineveranstaltungen vom Campus aus wahrzunehmen. Leider ist dies derzeit nicht immer gewährleistet.

Wir fordern, dass bei der Veranstaltungsplanung die Umsetzbarkeit aus Studierendensicht beachtet wird und Studierendenvertretungen in diese Planungen einbezogen werden.

Planungssicherheit und Kommunikation zwischen Hochschulen und Studierenden

Für eine aus Studierendensicht umsetzbare Lehre ist eine klare Kommunikation der Bedingungen, unter denen diese stattfindet, unabdinglich.

Uns ist bewusst, dass Planungssicherheit aufgrund der Unsicherheit, die sich aus der Entwicklung der epidemischen Lage ergibt, aktuell nicht leicht zu gewährleisten ist.

Dennoch darf die Kommunikation zwischen Hochschulen und Studierenden nicht hintenangestellt werden. In der Vergangenheit kam es an einigen Hochschulen vor, dass während des Planungsprozesses wenig Informationen bereitgestellt wurden. Eine derartige "Politik der Stille" ist für die Studierenden unzumutbar und muss in Zukunft vermieden werden. Ferner dürfen Informationen nicht ausschließlich bei einzelnen Veranstaltungen über verschiedene Informationskanäle verbreitet werden. Konsequenzen dieses Handelns sind massive Unübersichtlichkeit, Informationsverlust und zusätzliche Belastung für die Studierenden.

Wir fordern daher, dass die zuständigen Stellen, insbesondere Hochschulleitungen und Departments, die Studierendenvertretungen in ihren Planungsprozess einbinden. Zudem müssen gegenüber der gesamten Studierendenschaft die Planungen und Handlungsabsichten offen, verständlich und frühzeitig kommuniziert sowie diese Informationen zentralisiert und leicht zugänglich bereitgestellt werden.

Besonders wichtig ist Planungssicherheit für Prüfungen. Prüfungsformen müssen daher frühzeitig kommuniziert werden. Besteht bei einer Prüfungsform das Risiko, dass sie aufgrund der epidemischen Lage potenziell nicht umsetzbar ist, sollte bereits bei der Entscheidung für diese Prüfungsform ein Alternativplan festgelegt sein. Dieser muss den Studierenden klar kommuniziert werden, einschließlich eindeutiger Kriterien wann er Anwendung findet. Es darf nicht passieren, dass Prüfungsformen kurzfristig ungeplant geändert werden müssen oder Prüfungen abgesagt werden.

Für weitere Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

gez. Konferenzrat der Psychologie-Fachschaften-Konferenz

Alina Dieminger
SRH Hochschule
Heidelberg

Johannes Füßler
SRH Hochschule
Heidelberg

Konrad Rothe Papanoni
Universität Hildesheim

Imke Vassil
Universität Hildesheim

Daniel Weinert
Ludwig-Maximilians-Universität
München

Quellen:

1. [1] https://www.cdc.gov/mmwr/volumes/69/wr/mm6923e4.htm?s_cid=mm6923e4_w
2. [2] http://www.sozialerhebung.de/download/21/Soz21_zusammenfassung.pdf
3. [3] Fittkau, L. (2020, 19. Oktober). Studieren in der Pandemie/ Corona- Probleme und der Semesterbeginn. *Deutschlandfunk*. <https://www.deutschlandfunk.de/studieren-in-der-pandemie-corona-probleme-und-der-100.html>
4. [4] Culina, K. & Parrisius, A. (2021, 09. Oktober). Nur 15 Prozent der Unis streben volle Präsenz an. *Welt*. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article234314010/Wintersemester-Nur-15-Prozent-der-Unis-streben-volle-Präsenz-an.html>